№ 2. **Provinzial-Correspondenz.** 13. Januar 1864.

Zweiter Jahrgang.

Rede des Kriegs-Ministers.

Bei den nochmaligen Berathungen, welche so eben über die neuen Heereseinrichtungen im Abgeordnetenhause stattgefunden haben, hat der Kriegs-Minister von Roon wiederum eine jener schlichten, klaren, männlich ernsten und festen Reden gehalten, wie man sie von ihm zu hören gewöhnt ist.

Er sagte gleich beim Beginn, daß er nicht im Geringsten hoffe, durch seine Rede noch auf die Beschlüsse des Hauses einzuwirken: er wisse sehr wohl, daß diese Beschlüsse im Voraus abgemachte Sache seien; schon in den Sitzungen der Fractionen werde Alles beschlossen und festgesetzt, ehe es zu den öffentlichen Berathungen komme, die nur zum Scheine und gewissermaßen als Schauspiel da seien, — und da die Gegner der Regierung eine sehr große Mehrheit im Hause ausmachten, so würde jede Bemühung gegen jene vorgefaßten Beschlüsse vergeblich sein. Er müsse aber sprechen, weil es sein Amt erfordere, er müsse die Ueberzeugungen und Grundsätze der Regierung darlegen, — er wolle einfach, ohne große Worte und ohne Bitterkeit sprechen, um nicht von Neuem Zwistigkeiten herbeizuführen, welche für die Regierung, wie für das Land nicht nützlich und heilsam seien.

»Ich will«, fuhr er mit Rücksicht auf den ironischen Ton mehrerer früheren Redner fort, »ohne Ironie sprechen, weil mir die Angelegenheit, um die es sich handelt, viel zu ernst erscheint und viel zu wichtig ist, um darüber auch nur ein einziges scherzhaftes Wort zu äußern; also schlecht und recht, ohne die Absicht, Jemanden zu verletzen und zu kränken, aber freilich auch ohne die Hoffnung, hier Jemanden zu gewinnen, spreche ich lediglich um des Gewissens willen, um des Landes willen, um der Nachkommen willen, welche die Frage mit unbefangenerem Auge betrachten werden, als die Gegenwart.«

Die Abgeordneten wollen bekanntlich wiederum die Kosten für die neuen Heereseinrichtungen nicht bewilligen und dadurch die Regierung zwingen, diese Einrichtungen wieder aufzugeben.

Der Minister sagte darüber: die Regierung könne dem nicht Folge geben, weil die Pflicht der Selbsterhaltung des Staats es nicht zulasse; die Ausführung von Beschlüssen, welche dieser Pflicht entgegenlaufen, sei vollständig unausführbar. »Sie machen der Regierung den Vorwurf, daß sie die Reorganisation aufrecht erhalte, ungeachtet Ihrer Beschlüsse. Sie fordern Gehorsam für dieselben in einem Augenblicke, wo nicht blos die Segnungen dieser neuen Heeresorganisation zum ersten Male in größerem Maßstabe zur Geltung kommen, sondern auch in einem Augenblicke, wo für Preußen die Entwickelung großartiger Militairkräfte eine Nothwendigkeit geworden ist, in dem Augenblicke, wo Sie selbst von der Regierung Schritte verlangen, die das Vaterland mit allen großen militairischen Mächten Europa's in ernste Konflikte zu verwickeln drohen.«

»Sie wollen, oder Sie scheinen zu wollen, daß die Regierung rückgängig macht, was durch die sogenannte Reorganisation geschehen ist. Wenn die Regierung aber solchem Beschlusse Folge gäbe, würden Sie damit übereinstimmen? Ich bin der Ansicht, wenn die Regierung es thäte, so würde sie des schwersten Vergehens gegen die Sicherheit des Landes sich schuldig machen. Sie wissen dies recht gut, eben so gut wie die Regierung, aber Sie dringen darauf durch Ihre Beschlüsse, meinend, daß die Ihnen mißliebige Regierung dadurch gestürzt werden müsse. Sie sagen zur Regierung: entweder kein Budget, oder Ruin der Armee. Sie können selbst gar nicht wünschen, daß Ihren Beschlüssen diese Folge gegeben werde, denn kein Patriot kann es wünschen. Sie treiben Tendenzpolitik mit einem solchen Beginnen, Sie wollen das Ministerium stürzen und fassen Beschlüsse, welche die Sicherheit des Landes gefährden. Sie treiben Tendenzpolitik auch in der Beziehung, daß Sie der Regierung die äußere Politik vorschreiben wollen. In beiden Beziehungen, meine Herren, beabsichtigen Sie etwas, was die Verfassung verletzt. Nach der Verfassung gebührt Sr. Majestät dem Könige die Wahl seiner Räthe. Sie wünschen diese jetzigen Räthe Sr. Majestät entfernt zu sehen und Personen Ihrer Wahl an ihre Stelle treten zu lassen.«

»Es kommt noch Eines hinzu: dieses Mal beabsichtigen Sie, das Militair-Budget zu verstümmeln, noch bevor Sie über das vorgelegte sogenannte Reorganisations-Gesetz Beschluß gefaßt haben; Sie lassen also auch die letzte Rücksicht außer Augen, die bisher noch in dieser Frage beobachtet worden ist. Im Jahre 1862 sagten Sie, Sie würden bewilligen, wenn Ihnen ein Reorganisations-Gesetz vorgelegt worden. Es war damals vielseitig davon die Rede, warum ein solches damals nicht vorgelegt worden. Jetzt räth Ihre Kommission, das Budget zu verwerfen, obgleich Ihnen ein Reorganisationsgesetz vorgelegt worden ist, und bevor sie es geprüft und berathen haben. Das ist ein bemerkenswerther Fortschritt auf Ihrer Bahn. Sie wollen Beschlüsse fassen, deren Befolgung sie selbst für verwerflich erachten müssen, und fordern dazu auf, noch bevor Sie die Gründe zu diesen Beschlüssen ganz erwogen haben können. Die Regierung kann Sie nicht daran hindern; aber ich muß gegen ein solches Verfahren vor dem Lande Verwahrung einlegen. Wollen Sie Ihr hohes Spiel fortsetzen im Vertrauen auf den Gewinn, den Ihnen nach Ihrer Meinung die Zukunft verheißt, wohlan, so setzen Sie dieses gefährliche Spiel fort!«

Wochenschau.

(Die Landtags-Session) scheint ihrem Ende entgegenzugehen, leider wiederum ohne jede Frucht für das Land.

Als der König vor zwei Monaten den Landtag eröffnete, sagte er: »Es ist Mein dringender Wunsch, daß den zwischen Meiner Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnissen ein Ende gemacht werde.« Das Verhalten des Abgeordnetenhauses aber zeugt tagtäglich dafür, daß dieser Wunsch des Königs nicht erfüllt werden soll. Das Haus hat den Staatshaushalt für 1863, zu dessen Feststellung vor Schluß des Jahres der Landtag noch einmal berufen war, gar nicht vorgenommen, den Staatshaushalt für 1864 aber in allen Punkten, über die bisher der Streit bestand, wiederum gerade so willkürlich und eigenmächtig und so ohne alle Rücksicht auf das offenbare Bedürfniß des Staats behandelt, daß an eine Zustimmung des Herrenhauses, wie der Regierung gar nicht zu denken ist, — so daß die Uebereinstimmung der Regierung und beider Häuser, welche nach der Verfassung zum Zustandekommen des Staatshaushalts-Gesetzes nöthig ist, wiederum nicht erreicht werden kann.

Das Abgeordnetenhaus hat so eben als letzten Theil des Staatshaushalts den Militair-Etat berathen und ist dabei ganz so verfahren, wie im vorigen Jahre, indem sämmtliche Kosten der seit drei Jahren bestehenden neuen Heereseinrichtungen im Betrage von 5½ Millionen gestrichen worden sind. Nicht blos der Kriegsminist r sprach sich dagegen (wie oben zu lesen) in kräftiger Rede aus, und nicht blos die konservativen Abgeordneten traten entschieden für die neue Organisation ein, sondern selbst sonstige Gegner der Regierung tadelten laut das Verhalten der Mehrheit. Graf Schwerin sagt: »Ich halte dafür, daß die Reorganisation wesentlich im Interesse des Landes liegt: sie erhöht die Wehrkraft, fördert den Nationalwohlstand und bei rücksichtsvoller Durchführung belastet sie die Finanzkräfte nicht zu schwer. Noch ist die Steuerlast des Landes dadurch nicht vermehrt; die Jahres-Einnahmen sind gestiegen, haben Ueberschüsse ergeben, der Staatsschatz hat nicht angetastet zu werden brauchen; vom nächsten Jahre ab wird durch die Grundsteuer das Verhältniß noch günstiger.«

Zwar meinte Graf Schwerin, daß einige Aenderungen von der Regierung zugegeben werden könnten, doch schloß er dann: »Wir können im gegenwärtigen Augenblick dringender Kriegsgefahr die Verantwortlichkeit nicht übernehmen für die Fassung eines Beschlusses, dessen strikte Ausführung eigentlich Niemand will, dessen Ausführung aber momentan das Land wehrlos machen würde.«

Ferner sagte der Abgeordnete von Vincke (Olbendorf): »Er wünsche zwar in mancher Beziehung eine Verringerung der von der Regierung geforderten Summe, doch sei für ihn jetzt die Hauptsache die, daß das Vaterland in Gefahr sei, und in einem solchen Falle

sei er bereit, jedem Ministerium, es möge sein, welches es wolle, Geld zu bewilligen.«

Der frühere Minister von der Heydt endlich mahnte in treffender, beherzigungswerther Rede an die verderblichen Folgen des beabsichtigten Vorgehens für das ganze Verfassungsleben in Preußen. Der erfahrene Finanzmann wies auf das schlagendste nach, daß die nöthigen Geldmittel vollständig vorhanden sind, ohne die Kräfte des Staates irgendwie in besonderer Weise anzuspannen. Zum Schlusse sagte der Redner: »Ganz sicher liegt die Zeit nicht fern, wo das Land bei größerer Nüchternheit sich die Frage stellen wird, welche praktische Vortheile denn durch den ungezügelten Fortschritt erlangt sind; man wird zu der Ueberzeugung gelangen, daß dieser Fortschritt uns bisher nur zu Rückschritten geführt hat, und daß er uns zu unnennbarem Unheil führen kann. Darum rathe ich zu der Verwerfung der Anträge der Budget-Kommission.«

Aber es war Alles vergeblich: das Haus beschloß die Streichung der 5½ Millionen, d. h. die Zerrüttung unserer Armee im Augenblicke, wo es gilt, dieselbe ins Feld zu führen. Doch — Gott sei Dank — das Abgeordnetenhaus hat nicht allein über die Geschicke Preußens zu entscheiden; noch sitzen die Hohenzollern'schen Könige auf Preußens Thron, welche sich nicht dazu hergeben, auf den Beschluß einer demokratischen Mehrheit hin das Wohl des Vaterlandes preiszugeben.

Der Geist der Rücksichts- und Zügellosigkeit, welcher in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses gegenüber der Regierung herrscht, hat sich in den letzten Verhandlungen wieder recht offenbar erwiesen. Während einzelne wegen ihres bubenhaften Benehmens schon von früher her bekannte Abgeordnete sich erfrechen durften, die beleidigendsten Ausdrücke gegen die Staatsregierung zu gebrauchen, ohne daß der Präsident Grabow dieselben, wie sich's gebührt, zur Ordnung rief, — wurde der Kriegsminister dagegen, blos weil er jenen Beleidigungen gegenüber von einem »brüsken Angriff« sprach, sofort vom Präsidenten darüber zur Rede gestellt, wußte jedoch sein Recht auch hierbei kräftig zu wahren.

Die Fortschrittspartei hatte bekanntlich bei den Wahlprüfungen ihr Uebergewicht im Abgeordnetenhause dazu benutzt, um die Wahl dreier konservativer Abgeordneten um ganz unerheblicher Gründe willen für ungültig zu erklären. Die auf diese Art vom Hause ausgeschlossenen Mitglieder waren: der frühere Minister Freiherr von der Heydt, der Regierungs- und Schulrath Dr. Wantrup und der Kreisgerichts-Rath Romahn.

Alle drei Männer sind indessen von ihren Wahlkreisen wiedergewählt worden, und zwar mit einer größeren Mehrheit als vorher, — zum besten Beweis, daß irgend eine Fälschung der Stimmen bei der ersten Wahl nicht vorgekommen war.

Die Kommission über die Anleihe hat ihren Bericht noch nicht erstattet, obwohl die Regierung ihren Antrag schon am 8. Dezember eingebracht, der König aber in seiner Erwiderung auf die Adresse die Beschleunigung der Beschlußnahme dringend empfohlen hat. Man weiß freilich aus den Verhandlungen der Kommission schon im voraus, daß dieselbe die Ablehnung der Anleihe einstimmig vorschlagen will. — Während nun das Haus mit der Erfüllung seiner Pflichten so im Rückstande bleibt, ist inzwischen schon wieder eine neue Interpellation an die Regierung gerichtet worden, wie sie es weiter mit dem Londoner Protokoll zu halten gedenke. Der Minister-Präsident von Bismarck hat dem Hause darauf einfach gesagt: er sei zu weiteren Mittheilungen bereit, doch nicht früher, als bis das Haus über die unterm 8. Dezember geforderte Anleihe Beschluß gefaßt haben werde. — Natürlich haben sich die Herren über diese ihnen ertheilte Vermahnung wieder sehr ereifert.

Der Abgeordnete Freiherr von der Heydt hat einen Antrag auf Abschaffung der Diäten für die Abgeordneten eingebracht; ferner den Antrag, daß Beamte zum Eintritt in das Abgeordnetenhaus die Erlaubniß ihrer vorgesetzten höchsten Behörde nöthig haben sollen. — Es ist freilich nicht daran zu denken, daß solche Anträge bei der jetzigen Mehrheit Zustimmung finden.

(Zur dänischen Frage.) Die Execution wegen Holsteins ist jetzt vollständig ausgeführt. Das gesammte Bundesgebiet ist von deutschen Truppen besetzt und steht unter deutscher Verwaltung. Mit dem 12. d. M. ist eine neue, unter Leitung der Bundes-Kommissarien stehende »herzogliche Landesregierung« in Wirksamkeit getreten, welche ihren Sitz in Kiel hat.

Eine weitere Nachgiebigkeit von Seiten Dänemarks ist inzwischen noch nicht erfolgt. Der erste Schritt hierzu wäre die Zurücknahme der Verfassung vom 18. November v. J., durch welche das Herzogthum Schleswig widerrechtlich ganz mit Dänemark vereint worden ist, — diesen Schritt hat aber die dänische Regierung noch immer nicht gethan. Preußen und Oesterreich haben daher am 11. d. M. am Bunde von Neuem den dringlichen Antrag gestellt; Dänemark zur Zurücknahme jenes Gesetzes aufzufordern, widrigenfalls die sofortige Besetzung Schleswigs eintreten werde. Zu dieser Besetzung sind inzwischen alle Vorbereitungen getroffen, so daß ein preußisches Corps, welches schon an der Elbe zusammengezogen wird, nöthigenfalls noch im Laufe des Januars in Schleswig stehen kann.

Ueber die Frage der Erbfolge hat der Bundestag noch keinen Beschluß gefaßt. Unterdeß versuchen die angeblichen Freunde des Herzogs von Augustenburg, durch eine ungeordnete Aufregung es zu der nöthigen gründlichen Prüfung jener sehr verwickelten Frage nicht erst kommen zu lassen, sondern der Entscheidung durch ihr willkürliches Gebahren vorzugreifen. Zunächst ist es der Erbprinz Friedrich von Augustenburg selber, welcher in dieser Sache die größeste Verwirrung anrichtet. Nachdem derselbe sich heimlich und unter erborgtem Namen nach Holstein begeben, erklärte er zwar den Bundes-Kommissarien, als bloßer Privatmann nur einige Tage dort verweilen zu wollen; allein gleichzeitig hat derselbe mehreren europäischen Mächten seinen Regierungsantritt angezeigt und insbesondere auch die Hülfe des Kaisers Napoleon angerufen in einem Schreiben, welches der Würde eines deutschen Fürsten nicht im Geringsten entspricht. Er hat ferner aus ganz Holstein Deputationen angenommen, welche ihm als Landesherrn ihre Huldigung darbrachten, und er soll zuletzt wiederholt erklärt haben, daß er nicht daran denke, das Land wieder zu verlassen. Ueberdies macht sich der Prinz kein Gewissen daraus, die Hülfe aller demokratischen Wühler in Deutschland, welche ihn und seinen Namen doch nur zum Aushängeschilde für ihre revolutionairen Zwecke gebrauchen, gleichwohl anzunehmen, wie er sich denn auch mit der Einsetzung des revolutionairen »Central-Ausschusses« in Frankfurt ausdrücklich einverstanden erklärt hat.

Leider begünstigen auch deutsche Regierungen dieses ordnungswidrige Treiben. Viele der Mittel- und Kleinstaaten scheinen die dargebotene Gelegenheit benutzen zu wollen, um neben Preußen und Oesterreich eine eigene europäische Politik zu treiben und so eine Großmachtrolle zu spielen, zu welcher ihnen die Machtmittel doch gänzlich fehlen. Eben an diesen Staaten liegt es, daß die revolutionairen Umtriebe in Deutschland, welche sich hinter der Maske des holsteinischen Rechts verstecken, bisher ungestört ihren Fortgang haben. Preußen und Oesterreich haben deshalb auch nicht unterlassen, die Regierungen jener deutschen Staaten auf die Gefahren ihres Verhaltens aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, daß sie für Aufrechthaltung ihres Ansehns, so wie der öffentlichen Ruhe auf deutschem Bundesgebiete ernstlich Sorge tragen möchten.

Kurz: von den verschiedensten Seiten her sucht man die deutsch-dänische Streitfrage für Zwecke der Parteisucht und des Eigennutzes auszubeuten, an die Stelle des Rechtes die Willkür zu setzen und jenen eigensüchtigen Zwecken das Wohl des Vaterlandes zu opfern. Preußen und Oesterreich aber, welche von allen deutschen Staaten allein die Macht besitzen, das Recht und die Ehre Deutschlands wirksam zu wahren, haben darum auch die unabweisliche Pflicht, eben dieses Recht nach allen Seiten hin zu vertreten und zu schützen, — und sie werden diese Pflicht erfüllen.

Inzwischen dringt von den europäischen Mächten vor Allem England darauf, daß die dänische Frage auf einer Konferenz der Mächte verhandelt werde, an welcher theilzunehmen auch der König Christian von Dänemark keineswegs abgeneigt ist. Auch die französische Regierung hat ihren anfänglichen Widerspruch gegen eine solche Konferenz mehr und mehr aufgegeben, weil auf diese Weise der Plan des Kaisers Napoleon zu einem europäischen Kongresse doch noch in irgend einer Form zur Ausführung gelangen würde. Die deutschen Mächte können nun freilich nicht zugeben, daß die Frage, insoweit sie eine rein deutsche ist, auf einer Konferenz verhandelt werde; insoweit aber noch andere, als die deutschen Interessen dabei zu regeln sind, ist es immerhin möglich, daß sie einer Konferenz zustimmen. Um jedoch dabei ein Unterpfand für die Sicherung der deutschen Ansprüche zu haben, wird die Besetzung Schleswigs zunächst und vor Allem erfolgen müssen.

Redacteur: R. Wentzel.

Berlin, Druck und Verlag der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker).